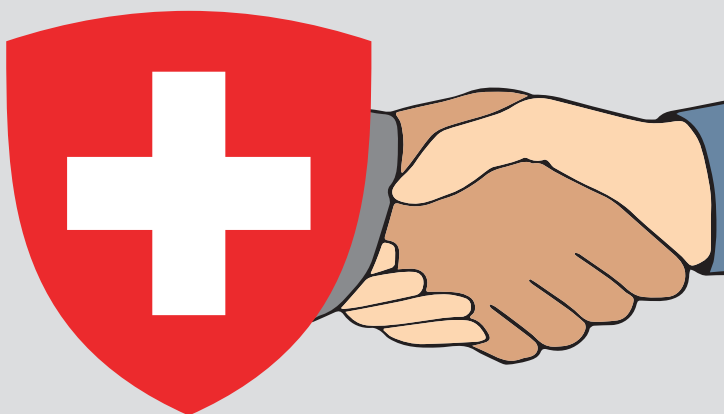


Neutralitätspolitik und Völkerrecht

Neutralität

UN Charta



Verfasser:

Daniel Urech, Oberst aD
Martin Oberholzer-Riss, Oberst aD

Basel, 3. Januar 2023
strategiekommission@promilitia.ch

Advisory Board

Brigadier aD Rudolf Grünig
Lehrstuhl für Unternehmensführung
Universität Fribourg

Brigadier aD Daniel Lättsch
ehemaliger Kommandant Generalsstabsschule

Oberst iGst aD Bruno Lezzi
Experte Sicherheitspolitik

Oberst iGst aD Peter Schneider
ehemaliger Chefredaktor der Allgemeinen
Schweizerischen Militärzeitung (ASMZ)

Oberst Dominik Knill
Präsident Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG)

Major aD Theo Biedermann
Präsident ai der Vereinigung «Pro Militia»

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	3
2. Völkerrecht	3
3. Fragen im Spannungsfeld zwischen Neutralität und Völkerrecht	4
4. Grundlagen zur Beantwortung der Fragen	4
4.1 Grundsätzliche Feststellungen	5
4.2 Kulturelle und rechtliche Elemente	6
4.2.1 Fällen von Urteilen	6
4.2.2 Moral	6
4.2.3 Ethik	7
4.2.4 Die UN Charta und die Schweiz	7
4.2.5 Neutralität und Wirtschaft	7
4.2.6 Sicherheitsrat der UN	8
4.2.7 Wie endet der Krieg in der Ukraine?	8
5. Die Konkreten Fragen aus dem Spannungsfeld zwischen Neutralitätspolitik und Völkerrecht und die Antworten darauf	8
6. Konklusion: Neutralitätspolitik oder Völkerrecht – eine Sache des Gewissens?	10
7. Die Essenz	11
8. Conclusion : politique de neutralité ou droit international – une affaire de conscience ?	12
9. L'essentiel	13
10. Conclusione: politica di neutralità o diritto internazionale – una questione di coscienza?	14
11. L'essenza	15
Literatur	16

NEUTRALITÄTSPOLITIK UND VÖLKERRECHT

1. Einleitung

«Darf die Schweiz tatenlos zuschauen, wie der russische Zar die europäische Friedensordnung gewaltsam zertrümmert, das Völkerrecht mit Füßen tritt und an die Stelle der Stärke des Rechts das Recht des Stärkeren setzt? Oder muss die Schweiz zu Russland wie zur Ukraine gleichermassen Distanz wahren, weil Neutralität nun einmal genau das bedeutet», fragt am 22. November 2022 in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) deren Chefredaktor, Eric Gujer. Und weiter: «Die doppelte Frage zeigt, dass die Neutralität zwei Kerne aufweist, die in einem unauflösbaren Spannungsfeld stehen. Zum einen geht es um Moral und Werte. Das ist der erste Kern. Die Schweiz ist nicht «Raumschiff Enterprise», das allein durch die Weiten des Welt-raums treibt. Zum anderen geht es um das Überleben eines Kleinstaates, der sich aus eigener Kraft nicht lange gegen einen übermächtigen Feind verteidigen kann». Der Autor kommt zum Schluss: «Im Ukraine-Krieg gibt es keine Neutralität.»

Beim Erlass von Gesetzen im Zusammenhang mit der dauernden Neutralität¹ und bei der Gestaltung der Neutralitätspolitik der Schweiz darf das Völkerrecht nicht weiter ausgeblendet bleiben, wie es beim Bundesgesetz über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG, vom 1. Mai 2022, 514.51) der Fall ist. Zur Erinnerung: Zum Völkerrecht gehören unter anderem: das Haager Abkommen, die Charta der Vereinten Nationen (UN) und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Abbildung 1). Die Schweiz hat die UN Charta unterschrieben. Damit ächtet auch die Schweiz Angriffskriege und schreibt die Unverletzbarkeit der Staatengrenzen fest. – Es geht tatsächlich um Moral und Werte.

2. Völkerrecht

Unter Völkerrecht versteht man die Gesamtheit der auf internationaler Ebene geltenden rechtsverbindlichen Regeln [6]. Gemäss Artikel 51 der UN Charta hat die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung. Der Artikel lautet [18]:

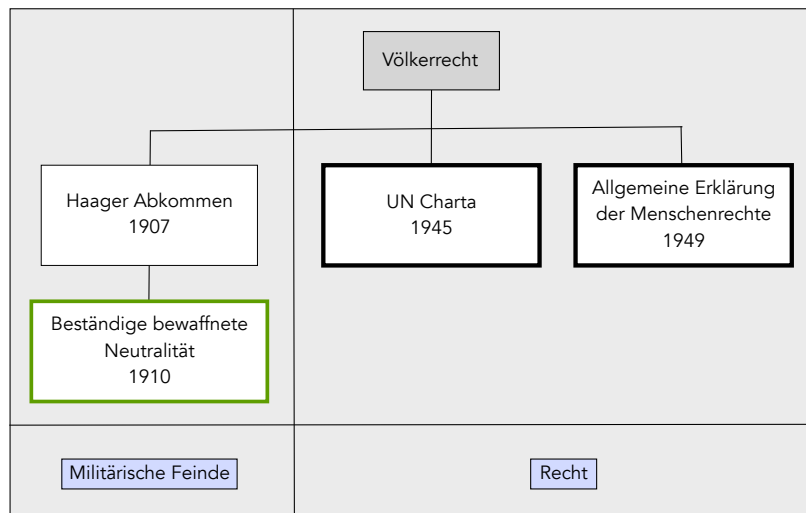


Abbildung 1: Wichtige Dokumente des Völkerrechts mit Auswirkung auf die Neutralitätspolitik der Schweiz. Die Verträge des Völkerrechts können in zwei Gruppen eingeteilt werden: (1) in die Gruppe, bei der es ausschliesslich um Spielregeln in militärischen Auseinandersetzungen geht, wo militärische Feinde aufeinandertreffen, und (2) in die Gruppe, bei der es um Rechte der Völker in verschiedenen Situationen geht. Dem Recht kann nur auf der Basis von Moral, Gewissen und Werten zum Durchbruch verholfen werden.

¹ Die dauernde Neutralität ist im Gegensatz zur gewöhnlichen Neutralität dadurch charakterisiert, dass für den dauernd neutralen Staat schon in Friedenszeiten Rechte und Pflichten bestehen.

«Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat».

Das Völkerrecht ist Internationales öffentliches Recht. Die Rechtsinhalte werden zwischen den Staaten in Verträgen festgelegt. Quellen, aus denen das Völkerrecht entstanden ist, sind das Völkergewohnheitsrecht und die Allgemeinen Rechtsgrundsätze. Die völkerrechtlichen Normen können nur einvernehmlich entstehen und nicht hoheitlich, weil kein «Weltparlament» besteht, von welchem sie verabschiedet werden könnten [10].

Die Schweiz ist aktuell im Spannungsfeld von Neutralitätspolitik und Völkerrecht dreifach direkt gefordert:

- durch das Kriegsverbrechen Russlands am souveränen Staat der Ukraine;
- durch den absoluten Bruch des Völkerrechts durch Russland und;
- durch die Mitgliedschaft der Schweiz seit 2002 in der Gemeinschaft der UN.

Die UN haben sich in Artikel 1 der UN Charta auf das folgende Hauptziel geeinigt:

«1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen».

Die Antwort auf die Frage, wie die Schweiz auf den Krieg in der Ukraine antworten will, wird sich zwischen zwei Polen einpendeln müssen: zwischen dem Pol «Recht und Gerechtigkeit» und dem Pol «Neutralität». Wenn der Bundesrat entscheidet, kein Kriegsmaterial in die Ukraine zu liefern, obwohl er die UN Charta ratifiziert hat, muss er diesen Entscheid mit rechtlichen Argumenten

untermauern. Der innenpolitische Druck, den die Neutralität erzeugt, darf aber nicht einfach zur «Mutter aller Entscheide werden». – Wenn der Bundesrat dagegen Deutschland erlauben würde, das von der Schweiz an Deutschland gelieferte Kriegsmaterial teilweise an die Ukraine weiterzugeben, wäre die aussenpolitische Verbindlichkeit der Schweiz als Mitglied der UN die «Mutter des Entscheids». «Wir müssen ... ehrlicherweise feststellen, dass unsere Neutralität in unseren demokratischen Nachbarstaaten und im angelsächsischen Raum weitgehend negativ wahrgenommen wird, als im Grunde egoistisches Trittbrettfahren oder gar Profiteurentum. Hätte sich die Schweiz gegen die Sanktionierung Russlands entschieden, hätte sie faktisch für den Aggressor Partei ergriffen und sich in unserer Wertegemeinschaft isoliert», schrieb Kaspar Villiger [19]. Auf den Punkt gebracht: Es geht um Innenpolitik versus Aussenpolitik, um Eigeninteressen versus Glaubwürdigkeit. Es ist Zeit, dass die Schweiz sich ernsthaft Gedanken über ihre Verpflichtungen macht, die sie als «Unterzeichnerin» der UN Charta eingegangen ist. Eine Neutralitätspolitik zu betreiben, ohne nach links und rechts zu sehen, überzeugt nicht mehr und ist nicht mehr glaubwürdig.

3. Fragen im Spannungsfeld zwischen Neutralität und Völkerrecht

Bei der Analyse der Spannung zwischen der Neutralitätspolitik und dem Völkerrecht tauchten unter interessierten und besorgten Bürgern vielfältige Fragen auf. Diese Fragen sind zusammen mit den Antworten im Kapitel 5 zusammengestellt. Um begründete Antworten liefern zu können, sind einige Gedanken zu verschiedenen Elementen notwendig. Im folgenden Kapitel 4 sind diese Gedanken und Überlegungen aufgeführt.

4. Grundlagen zur Beantwortung der Fragen

Um die Fragen beantworten zu können, sind Überlegungen unerlässlich, welche mit dem Zeitgeist und der Kultur sowie mit dem Denken in der Gesellschaft etwas zu tun haben. Für die Vereinigung «Pro Militia» (PM) ist die Zeit gekommen, dass nicht mehr nur über die Neutralität diskutiert wird, sondern auch über die **Verantwortung**, wel-

che die Schweiz als Mitglied der UN hat, **wenn das Völkerrecht auf zerstörerische Art und Weise missachtet worden ist**. Mit dem Slogan: «Neutrality first» kommt die Schweiz nicht mehr weiter.

Die Antworten auf die gestellten Fragen liegen in Kapitel 5 bereit. Auf dem Weg dorthin werden die einzelnen Elemente erklärt, welche die angekündigte Basis für die Antworten bilden.

4.1 Grundsätzliche Feststellungen

Russland (Russische Föderation) hat mit dem **Angriffskrieg** gegen die Ukraine direkt und brutal **gegen Artikel 2, Absatz 4 der UN Charta verstoßen**:

«Artikel 2

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

(1) ...

(2) ...

(3) ...

(4) *Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.»*

Die Ukraine hat gemäss Artikel 51 der UN Charta das Recht auf Selbstverteidigung.

«Artikel 51

Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.»

Der **Grund für den Angriffskrieg Russlands** auf die Ukraine war die Abwehr einer fiktiven, kei-

neswegs bewiesenen Bedrohung Russlands durch das Nordatlantische Bündnis (NATO), der Schutz der aus der Sicht von Russland bedrohten russischstämmigen Bevölkerung in der Ukraine, die Abwehr einer angeblichen faschistischen Staatsdoktrin in der Ukraine, welche die Russische Föderation bedroht hat, und die neue konservative und neoimperiale Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin für den postsowjetischen Raum.

Wenn die Ukraine den Abwehrkampf führt, verteidigt sie ihre völkerrechtlich anerkannte Souveränität als selbständiger Staat. Sie verteidigt ihre Staatsform, welche einer Demokratie mit definierten Volksrechten entspricht. Demokratie, Freiheit, Teilhabe des Volkes an der Gestaltung des Staates sowie Recht und Gerechtigkeit sind Werte, welche auch die Schweiz als verteidigungswürdig anerkennt. **Die Selbstverteidigung der Ukraine entspricht – logisch gefolgert – einer stellvertretenden Verteidigung des Kollektivs jener Völker, welche zur UN Charta stehen.**

Das KMG regelt die Ausfuhr von Kriegsmaterial, welches in der Schweiz produziert worden ist. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial ist auf zwei Stufen geregelt:

– auf der **Stufe der Bewilligung für die Ausfuhr** des Materials aus der Schweiz (Stufe 1). Eine Firma in der Schweiz hat vor dem Ukrainekrieg Deutschland Munition für den Flugabwehrkanonenpanzer Gepard verkauft. Ein solches Geschäft wird in der juristischen Amtssprache «Auslandsgeschäft» genannt.

– auf der **Stufe der Nichtwiederausfuhr-Erklärung**, wenn die Bewilligung für die Ausfuhr des Materials erteilt worden ist (Stufe 2). Im Fall der Lieferung der genannten Munition an Deutschland musste Deutschland nicht nur die Bedingungen für das «Auslandsgeschäft» (Kauf von Kriegsmaterial aus der Schweiz) erfüllen, sondern dazu noch erklären, dass Deutschland das Kriegsmaterial nicht an andere Länder weiterreichen wird («Nichtwiederausfuhr-Erklärung»).

Das «Auslandsgeschäft» ist in Abschnitt 6, der Umgang mit der «Nichtwiederausfuhr-Erklärung» in Abschnitt 4 des KMG geregelt (Tabelle 1).

Abschnitt	Titel des Abschnitts im KMG	Artikel	Titel des Artikels im KMG	Gesetzestext
6	Bewilligungsvoraussetzungen für Auslandsgeschäfte	22	Herstellung, Vermittlung, Ausfuhr und Durchfuhr	
		22a	Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte	
4	Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen	17	Gegenstand	
		18	Nichtwiederausfuhr-Erklärungen; Ausnahmen	¹ In der Regel kann eine Ausfuhrbewilligung nur erteilt werden, wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine für diese tätige Unternehmung handelt, und wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird (Nichtwiederausfuhr-Erklärung).
		19	Geltung	² Wenn ausserordentliche Umstände es erfordern, können sie suspendiert oder widerrufen werden.

Tabelle 1: Übersicht über die Hauptartikel, in welchen die Ausfuhren von Kriegsmaterial aus der Schweiz geregelt sind.

4.2 Kulturelle und rechtliche Elemente

4.2.1 Fällen von Urteilen

Sobald man eine Partei verurteilt (siehe Frage 2), fällt man ein Urteil. Ein Urteil ist eine Aussage oder eine Behauptung, welche resultiert, wenn zwei Begriffe miteinander verglichen werden [11]. Mit einem Urteil wird eine Position bezogen. Jedes Urteil muss hinreichend² begründet sein [12].

Bevor eine neutralitätspolitische Beurteilung abgegeben wird, muss auch danach gefragt werden, welches die **Ursache für eine militärische Auseinandersetzung** zwischen den zwei Staaten gewesen ist. Denn ein dauernd neutraler Staat, der Mitglied der UN ist und die UN Charta anerkennt, ist nicht nur dem Neutralitätsrecht gegenüber verpflichtet, sondern auch der UN Charta gegenüber.

4.2.2 Moral

Wenn man sich mit der kulturellen Evolution beschäftigt, stellt sich früher oder später die Frage ein: «**Gibt es eine angeborene Moral?**» – Ja, es gibt sie [8; 17]:

«*Es gibt einen ersten Entwurf des moralischen Geistes, der angeboren ist. ... Angeboren bedeutet, vor dem Vorhandensein von Erfahrungen greifbar*» [8].

Der «angeborenen» Moral werden die folgenden Eigenschaften zugeordnet:

- Fürsorge für Andere (Altruismus) und Rücksicht auf Andere;
- Gerechtigkeit;
- Loyalität;
- Respekt vor Obrigkeit;
- Unverletzlichkeit der Person;
- Freiheit.

Auf diesem Hintergrund lässt sich eine moralische Pflicht der Schweiz ableiten, der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung zu helfen. Denn:

- Die UN Charta erlaubt der Ukraine die Selbstverteidigung. Die UN Charta wurde auch von der Schweiz ratifiziert. Die Schweiz anerkennt also das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung. Immer wieder wird in der Politik, auch in der Schweiz, deklariert, dass die Ukraine nicht nur ihre Souveränität verteidigt, sondern stellvertretend für uns auch unsere eigenen Werte. Steht «die Politik» zu diesen hehren Worten, wenn Taten gefordert werden?
- Die Verletzung eines Vertrags durch einen Vertragspartner ist Rechtsbruch. Die Folgen des von Russland vollzogenen Rechtsbruchs müssen mit allen verantwortbaren Mitteln bekämpft werden.

Eine Bewertung der Neutralität der Schweiz von aussen könnte ebenfalls zur Verminderung der Spannung zwischen der moralischen Verpflichtung

² Nichts ist ohne hinreichenden Grund. «Den Grund für das Sosein (Essenz) hat jedes Ding in sich selbst. Das Ding ist das, was es ist, durch seine eigene Wesenheit. Alles, was erkannt wird, hat einen hinreichenden Grund, aus dem es erkannt wird. Entweder ist es aus sich heraus klar, oder es muss sich durch ein Anderes als klar erweisen lassen» (Gottfried Wilhelm Leibnitz, 1646–1716).

tung und der Schweizer Neutralitätspolitik beitragen. Hier ein Beispiel einer solchen Bewertung von aussen von Andreas Ernst, einem schweizerischen Journalisten und Historiker:

«Historisch war die Neutralität (der Schweiz, Verfasser) bedeutsam in den Jahren der deutsch-französischen Konflikte, die Spannungen zwischen dem deutsch- und dem französischsprachigen Landesteil hervorriefen. Die Neutralität war die Antwort darauf. Im Zweiten Weltkrieg bedrohten die Achsenmächte das Land, und wieder war die Neutralität die Antwort. Jetzt fallen diese gewissermassen «klassischen» Gründe für die Neutralität weg. Noch im Kalten Krieg war es gut, mit der Schweiz über einen Ort für Verhandlungen zu verfügen. Doch heute steht die Schweiz nicht mehr als Neutrale zwischen Russland und dem Westen und wird auch nicht als solche wahrgenommen: Sie ist Teil des Westens. Die Rolle der Vermittlerin hat jetzt die Türkei übernommen. Und sie tut es – bei allen problematischen Aspekten – mit grossem Geschick.» [7].

4.2.3 Ethik

Annemarie Pieper (* 1941, emeritierte Ordinaria für Philosophie an der Universität Basel) definiert die Ethik wie folgt:

«Die Ethik erörtert alle mit dem Moralischen zusammenhängenden Probleme auf einer allgemeineren, grundsätzlicheren und abstrakteren Ebene. Sie rekonstruiert formal die Bedingungen, welche erfüllt sein müssen, damit eine Handlung oder ein Verhalten als eine moralische Handlung oder ein moralisches Verhalten bezeichnet werden kann» [15].

Bei Entscheidungen in der Politik geht es konkret immer um Antworten auf die folgenden sieben Fragen:

- Welche Dinge müssen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen miteinander geregelt werden?
- Welche minimalen Voraussetzungen müssen dazu bei den Angehörigen der Gesellschaft vorhanden sein?
- Wie können die einzelnen Handlungsentwürfe begründet werden?
- Welche Entscheide müssen gefällt werden?
- An welche Folgen der Entscheide muss gedacht werden?

- Wie sieht das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag aus? und
- Können die Folgen der Entscheide verantwortet werden?

Selbstverständlich muss man sich dessen bewusst bleiben, dass die Antworten auf diese Fragen durch die Präferenzen der Entscheidenden und durch die gültigen moralischen Bewertungsmaßstäbe [14] mitgeprägt werden. Massstab für Entscheide sind neben dem Gewissen (siehe oben) auch die vielzitierten Werte.

4.2.4 Die UN Charta und die Schweiz

Die Schweiz hat die UN Charta 2002 ratifiziert. Die Schweiz verpflichtet sich auch in der Bundesverfassung in Artikel 5, Absatz 4, das Völkerrecht einzuhalten:

«Bund und Kantone beachten das Völkerrecht».

«Beachten» heisst, zwei Dinge tun:

- Verletzungen des Völkerrechts beim Namen nennen und
- daraus unmissverständliche Konsequenzen gegenüber dem Täter ziehen.

Jede Verletzung von Recht muss aus moralischen Gründen wiedergutmacht werden.

4.2.5 Neutralität und Wirtschaft

Die Frage vier hat die Dual Use-Güter zum Gegenstand. Dual-Use Güter sind Güter mit einem zivilen und einem militärischen Verwendungszweck. Wenn eine Schweizer Firma solche Güter exportieren will, muss die Firma für den Export beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eine Bewilligung einholen. Die «Güterklassifizierung» muss durch die Firma selber durchgeführt und dokumentiert werden. Dazu benötigt jede Firma in der Schweiz, welche Rüstungsgüter exportieren will, ein Internal Compliance Program (ICP). Der Export von Dual-Use Gütern ist im «Bundesgesetz über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter, besonderer militärischer Güter sowie strategischer Güter (Güterkontrollgesetz, 946.202)» geregelt.

Zum Thema Neutralität und Handel schreibt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA):

«Zudem schränkt das Neutralitätsrecht den neutralen Staat in seinen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen nicht ein. So hat dieser das Recht auf freien Wirtschaftsverkehr, solange dieser nicht militärischen Zwecken dient» [4].

Der freie Wirtschaftsverkehr zum Zeitpunkt der Lieferung der 35 Millimeter-Munition für den deutschen Flugabwehrpanzer Gepard an Deutschland diente schon zum Zeitpunkt des Handels potentiell militärischen Zwecken, nämlich der Selbstverteidigung Deutschlands. Sonst wäre das Geschäft ja gar nicht getätigt worden. Jetzt soll die Munition von Deutschland an die Ukraine weitergegeben werden mit dem gleichen Zweck, für den sie nach Deutschland geliefert worden ist, nämlich mit dem Zweck der «stellvertretenden» Selbstverteidigung der Ukraine, «stellvertretend» deswegen, weil die Ukraine eben auch «die Werte Europas» verteidigt. So wenigstens lautet die Deklaration namhafter Politikerinnen und Politiker, auch in der Schweiz. Wenn dem so ist, muss die Schweiz handeln und kann sich nicht mehr länger hinter die Mauer ihrer Neutralität zurückziehen.

4.2.6 Sicherheitsrat der UN

Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sind: China, Frankreich, Grossbritannien, Russland und die USA. Die nicht ständigen Mitglieder waren im Jahr 2022: Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana, Indien, Irland, Kenia, Mexiko, Norwegen, Vereinigte Arabische Emirate. Aktuell wird in der UNO darüber diskutiert, ob der Einsitz der Russischen Föderation als Nachfolgestaat der Sowjetunion rechtens sei oder nicht. Zum 1. Januar 2023 ziehen fünf Länder als nichtständige Mitglieder neu in den Weltsicherheitsrat ein: Ecuador, Japan, Malta, Mosambik und die Schweiz. Sie haben Indien, Irland, Kenia, Mexiko und Norwegen abgelöst. Wichtige Richtungsentscheidungen in den UN trifft zwar oft die Generalversammlung. Ganz gleichgültig aber, ob es sich um die Wahl einer neuen Generalsekretärin oder die Aufnahme eines neuen Mitglieds handelt – stets ist eine Empfehlung des Sicherheitsrates die Voraussetzung dazu.

Jede Vetomacht (ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates) kann jederzeit eine solche Empfehlung verhindern. Konsequenterweise gilt das auch für einen Ausschluss eines Mitglieds aus den UN nach Artikel 6 der UN Charta oder auch nur einen zeitweiligen Entzug der Mitgliedsrechte nach Artikel 5 der UN Charta.

Auf diesem Wege ist einer Blockade des Sicherheitsrates durch das Veto eines seiner ständigen Mitglieder nicht beizukommen: Durch das Vetorecht kann Russland verhindern, aus dem Sicherheitsrat ausgeschlossen zu werden. Ebenso kann Russland vereiteln, dass die anderen Staaten ihm das Vetorecht verweigern, sei es durch Suspendierung der Mitgliedschaft oder Änderung der UN Charta.

4.2.7 Wie endet der Krieg in der Ukraine?

Jeder Krieg kann konkret nur über einen **Waffenstillstand** beendet werden. Im Ukrainekrieg muss – neben der humanitären Soforthilfe – das Ziel ein Waffenstillstand sein. Ein Waffenstillstand kann nur über Verhandlungen zwischen den beiden Kriegsparteien gefunden werden. Ein direkter Beitrag der Schweiz könnte es sein, mit internationalen Partnern eine solche Mediation in Richtung Waffenstillstand allmählich aufzubauen.

5. Die konkreten Fragen aus dem Spannungsfeld zwischen Neutralitätspolitik und Völkerrecht und die Antworten darauf

1. Darf man Moral als Massstab für Strategie nehmen oder muss Strategie auf Interessen basieren?

Moral muss beim Festlegen einer Strategie als Massstab genommen werden. Das Festlegen von Strategien basiert immer auf Interessen oder dem Streben nach einem Ziel.

2. Kann man neutral sein, wenn man eine Partei verurteilt?

Nein. Man kann nicht neutral sein, wenn man eine Partei verurteilt.

3. Und ganz im Gegenteil: Kann man überhaupt neutral sein, in einem Konflikt, von dem man (militärisch) nicht direkt betroffen ist, und in

dem der Aggressor eine fortgesetzte Serie von Kriegsverbrechen begeht?

Nein.

4. Neutral sein bedeutet, dass man sich militärisch nicht einmisch und beide Parteien gleichbehandelt. Nach Bindschedler (1915–1991, Prof.em.Dr.iur. an der Universität Bern, Rechtsberater des EDA für Völkerrecht und Neutralität) betrifft das aber nicht den Handel. Ist das so? Kann man im Zeitalter der Dual-Use Güter überhaupt noch neutral Handel betreiben?

Die Frage bezieht sich auf die sekundären Pflichten («Vorwirkungen») eines dauernd neutralen Staates. Bindschedler schreibt: «Er [der Staat, Verfasser] ist verpflichtet, eine Neutralitätspolitik zu führen. Die Durchführung dieser Neutralitätspolitik ist eine Sache des freien Ermessens» [1]. Bindschedler unterscheidet für die Analyse der sekundären Pflichten drei Arten von Neutralität: die politische, die militärische und die wirtschaftliche Neutralität. «Grundsätzlich sind alle Neutralitätspflichten restriktiv zu interpretieren. ... Wenn ein neutraler Staat ... ein mehreres tut, als es die Pflichten der dauernden oder der gewöhnlichen Neutralität verlangen würden, dann nicht im Sinne der Erfüllung eines Rechts, sondern aus politischen Erwägungen», schreibt Bindschedler [2].

Bei Entscheidungen – auch in der Politik – kommen die Entscheidungsträger nicht an moralischen Überlegungen vorbei. Es sind die Werte, welche sich aus der angeborenen Moral [8; 17] ableiten lassen.

Die Verfasser sind der Ansicht: Im Zeitalter der Dual Use-Güter ist ein «neutraler» Handel nicht mehr möglich.

5. Eine UNO-Resolution würde die Schweiz von einem Teil des Dilemmas befreien. Wie muss sich die Schweiz verhalten, wenn der Aggressor Mitglied des Sicherheitsrates ist und somit jede Resolution und jedes Mandat verhindern kann?

Die Schweiz sollte in den UN sich dafür einsetzen, dass die Diskussion über eine Veränderung der UN Charta aufrechterhalten bleibt. Es ist in Hinblick auf die zukünftige Weltordnung und Sicherheit in der Welt unerlässlich, eine Revision der Organisation des Sicherheitsrates der UN vorzunehmen.

Die Schweiz kann dazu einen Beitrag leisten, wenn sie sich eindeutig zur aktiven Mithilfe bei der Wiederherstellung der Souveränität, der Handlungsfreiheit, der Ordnung, der Gerechtigkeit, der Infrastruktur und des Friedens in der Ukraine bekennt und verpflichtet.

6. Die «Zeitenwende» war derjenige Moment, in dem (deutsche) Politiker eingestehen mussten, dass das Raubtier, das man gefüttert hat, immer noch ein Raubtier ist. Konkret gibt es zwei Entwicklungsmöglichkeiten:

a) der Westen steht hin für seine Werte und sein freiheitlich-demokratisches System – auch mit Waffengewalt – oder

b) der Westen unterwirft sich und akzeptiert, dass Autokraten in Zukunft das Sagen haben.

Die Frage ist, ob die Schweiz einen Betrag dazu leisten will, oder ob sie sich weiterhin dem «Prinzip Hoffnung» hingibt. Sie kann sich nicht dem «Prinzip Hoffnung» hingeben. Denn die Schweiz ist als Mitglied der UN moralisch verpflichtet, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Souveränität und Handlungsfreiheit der Ukraine auf der Basis von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie wiederhergestellt wird.

7. Zu welchem Zeitpunkt muss zu welchen Bedingungen ein Waffenstillstand erreicht werden?

Auf einen Waffenstillstand hinarbeiten bedeutet: Die Ukraine so zu unterstützen, dass sie fähig wird, zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt in Verhandlungen für einen Waffenstillstand einzuwilligen.

Bedeutet «mit allen Kräften auf einen Waffenstillstand im Ukrainekrieg hinarbeiten», dass die Ukraine unter Druck gesetzt wird oder dass Russland militärisch dazu gezwungen wird, sich zurückzuziehen?

«Mit allen Kräften auf einen Waffenstillstand im Ukrainekrieg hinarbeiten» bedeutet nicht, dass die Ukraine unter Druck gesetzt wird, oder dass Russland militärisch dazu gezwungen wird, sich zurückzuziehen.

Weshalb soll die Ukraine die Besetzung der Krim und der östlichen Provinzen, insbesondere aber den Tod von vermutlich Zehntausenden

von Ukrainern und Ukrainerinnen, die Deportation von Tausenden von Ukrainerinnen und Ukrainern, inklusive Waisenkindern, die Zerstörung der Infrastruktur und der Wirtschaft akzeptieren?

Aus moralischer Sicht – an der Moral ist kein Vorbeikommen möglich – muss es um eine «Entfeindung» gehen, mindestens um eine Entfeindung auf dem Schlachtfeld. Ob die Ukraine sich einen solchen Prozess überhaupt vorstellen kann, muss sie selber entscheiden. Und ebenso muss die Ukraine selber entscheiden, welche bisherigen Fakten sie akzeptieren kann und welche für sie absolut inakzeptabel sind.

6. Konklusion: Neutralitätspolitik oder Völkerrecht – eine Sache des Gewissens?

Seit dem Einmarsch der Armee Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 wird von einer «Zeitenwende» gesprochen. Diese Zeitenwende besteht aus der Sicht von «Pro Militia» in zwei Dingen:

- in der Einsicht, dass wir gezwungen sind, den Blick aus der Vergangenheit heraus in die Gegenwart zu richten und Positionen zu vertreten, die wir als längst überwunden glaubten, und
- in der unangenehmen Einsicht, dass es keine Politik gibt, ohne zwischen Freund und Feind zu unterscheiden [13].

Es geht einerseits um das Völkerrecht, wie es in der UN Charta festgeschrieben ist, und um die Interpretation der Neutralitätspflicht der Schweiz. Immer häufiger nehmen kompetente Persönlichkeiten zu dieser Thematik Stellung, und sie verwenden dabei immer häufiger auch das Wort «Moral». Moralisches Verhalten bedeutet gewissenhaftes Verhalten. Gewissen ist eine Form des Denkens, bei der die Vernunft ein Urteil darüber fällt, ob der ins Auge gefasste Entscheid gut oder böse ist, oder richtig oder falsch.

Eine alleinige Unterscheidung zwischen Freund und Feind ist zu undifferenziert und zu oberflächlich. Im Zentrum der Reaktionen auf den Ukrainekrieg muss das Recht stehen [16]. Aristoteles (384–322 v.Chr.) hat schon vor mehr als 2300 Jahren beschworen, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden, weil eine solche Unterscheidung für

eine Gesellschaft unerlässlich sei. Deshalb kann es im Ukraine-Krieg keine Neutralität mehr geben [9]; es gibt nur noch Recht oder Unrecht. **In diesem Spannungsfeld weist das Völkerrecht klar den Weg.** Der Ukrainekrieg zwingt die Schweiz, in zwei Handlungsfeldern Stellung zu beziehen:

- bei der Umsetzung von Verpflichtungen als Mitglied der UN, und
- bei der Interpretation ihrer dauernden Neutralität.

Die UN Charta hat den Zweck, den Frieden unter den Völkern zu wahren. Ein Verstoss gegen die UN Charta kann nicht hingenommen werden, auch von der Schweiz nicht. Denn wirtschaftliche Sanktionen alleine reichen nicht aus, um Recht wiederherzustellen.

Nach einer sorgfältigen Analyse der Situation kommt «Pro Militia» zum Schluss, **dass das Handeln des Bundesrats nicht korrekt war, als er sich weigerte, auf den Antrag Deutschlands einzutreten** und auf die Nichtwiederausfuhr-Erklärung Deutschlands für beschafftes Kriegsmaterial nicht zu verzichten. «Pro Militia» stützt ihre Position auf folgenden vier Urteile ab.

Erstens:

Die Schweizer Kriegsmaterialgesetzgebung sei deutlich strenger als das Neutralitätsrecht, schreibt der Bundesrat am 19. Oktober 2019. Diese Aussage führt zum Schluss, dass dem Verzicht auf die Nichtwiederausfuhr-Erklärung Deutschlands nicht das Neutralitätsrecht im Wege steht, sondern das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG).

Zweitens:

Das KMG erlaubt dem Bundesrat an zwei Stellen, die Nichtwiederausfuhr-Erklärung Deutschlands zu widerrufen.

In Artikel 18, Absatz 1 des KMG steht:

«In der Regel kann eine Ausfuhrbewilligung nur erteilt werden, wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine für diese tätige Unternehmung handelt, und wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird (Nichtwiederausfuhr-Erklärung)».

Die Formulierung «In der Regel» bedeutet konkret, dass nach dem Gesetzgeber Ausnahmen möglich sind.

In Artikel 19, Absatz 2 des KMG steht:

«Wenn ausserordentliche Umstände es erfordern, können sie [die Bewilligungen, Verfasser] suspendiert oder widerrufen werden».

Es wäre unter den erwähnten Tatsachen ein Leichtes, diese ausserordentlichen Umstände zu definieren. Das kann mit Artikel 51 der UN-Charta geschehen und mit der vom EDA abgegebenen Erklärung zur UN-Politik von 2014.

Drittens:

Das Neutralitätsrecht (Haager Konvention von 1907) verbietet einem Land, welches das Kriegsmaterial von der Schweiz erworben hat, nicht, das Kriegsmaterial weiter zu exportieren [3]. Die Nichtwiederausfuhr-Erklärung im KMG ist Ausdruck einer nicht umfassend reflektierten und extensiven³ Neutralitätspolitik der Schweiz. Die Schweizer Neutralitätspolitik ist nicht in Stein gemeisselt. Sie ist Mittel zum Zwecke [5]. Sie ist immer verpflichtet, auch die Rechtsgüter der UN Charta zu gewichten. Die Neutralitätspolitik darf nicht auf einem Auge erblinden.

Viertens:

Die Schweiz hat als Mitglied der UN das Recht und die Pflicht, sich an Massnahmen zur Wiederherstellung der kollektiven Sicherheit, wie sie in der UN Charta festgelegt ist, zu beteiligen, besonders dann, wenn ein Staat brutal angegriffen worden ist, seine Infrastruktur systematisch zerstört wird, und er zur Selbstverteidigung greift. Die UN sprechen dem angegriffenen Staat das Recht zur Selbstverteidigung uneingeschränkt zu. Das KMG muss vom Bundesrat völkerrechtskonform ausgelegt werden [3], wenn der Bundesrat richtig handeln und Verantwortung übernehmen will.

7. Die Essenz

Das Neutralitätsrecht und die UN Charta stehen auf der gleichen Ebene. Beide gehören in den grossen Topf des «Völkerrechts». Über diesem Topf des «Völkerrechts» aber steht die angeborene Moral [8; 17]. Zwischen dem nationalen Neutralitätsrecht mit seinen Forderungen und der internationalen UN Charta mit ihren Forderungen besteht ein Spannungsfeld. Gemäss UN Charta hat die Ukraine das Recht zur Selbstverteidigung. Und genau bei dieser Wahl zwischen Neutralitätsrecht und UN Charta setzt die Moral – und in der Verlängerung der Moral – auch das Gewissen ein. Unseren Standpunkt begründen wir nicht mit dem Neutralitätsrecht, sondern mit der UN Charta – zusammen mit unserem Gewissen. Wir haben uns für diese Wertung entschieden aus drei Gründen: (1) Das Restrisiko, durch die Unterstützung der Ukraine in einen Krieg hineinzugeraten, ist sehr klein und damit durchaus tragbar. (2) Die «Moral» kann auf die UN Charta abgestützt werden. (3) **Die Moral hat – aus unserer Sicht – über dem Neutralitätsrecht zu stehen.**

Es reicht nicht aus, über den Frieden zu sprechen.

Man muss daran glauben.

Und es reicht nicht aus, daran zu glauben.

Man muss daran arbeiten.

Eleanor Roosevelt

*(1884–1962, US-amerikanische Menschenrechtsaktivistin,
Diplomatin und Ehefrau des US-amerikanischen Präsidenten*

Franklin D. Roosevelt)

Die Kapitel 6 und 7 finden Sie auf den folgenden Seiten auch noch in Französisch und Italienisch.

³ Grundsätzlich sind alle Neutralitätspflichten als Einschränkung der Souveränität restriktiv zu behandeln (siehe Bericht Bindschedler vom 26. November 1954 – auch «Bindschedler-Doktrin» genannt).

6 Conclusion : politique de neutralité ou droit international – une affaire de conscience ?

Depuis l'invasion de l'Ukraine par l'armée russe le 24 février 2022, il est question d'un « changement d'époque ». Du point de vue de « Pro Militia », ce changement d'époque consiste en deux choses :

- la prise de conscience que nous sommes contraints de regarder vers le présent en partant du passé et de défendre des positions que nous pensions être dépassées depuis longtemps, et
- dans la prise de conscience désagréable qu'il n'y a pas de politique sans faire de distinction entre amis et ennemis [13].

Il s'agit d'une part du droit international, tel qu'il est inscrit dans la Charte des Nations unies, et de l'interprétation du devoir de neutralité de la Suisse. Des personnalités compétentes prennent de plus en plus souvent position sur ce sujet et utilisent de plus en plus souvent le mot « morale ». Un comportement moral signifie un comportement consciencieux. La conscience est une forme de pensée dans laquelle la raison porte un jugement sur le fait de savoir si la décision envisagée est bonne ou mauvaise, juste ou fausse.

La seule distinction entre ami et ennemi est trop indifférenciée et trop superficielle. Le droit doit être au centre des réactions à la guerre en Ukraine [16]. Il y a plus de 2300 ans, Aristote (384-322 av. J.-C.) invitait déjà à distinguer le bien du mal, car une telle distinction était indispensable à toute société. C'est pourquoi il ne peut plus y avoir de neutralité dans la guerre en Ukraine [9] ; il n'y a que le bien et le mal. Dans ce champ de tensions, le droit international indique clairement la voie à suivre. La guerre en Ukraine oblige la Suisse à prendre position dans deux champs d'action :

- dans la mise en œuvre de ses obligations en tant que membre de l'ONU, et
- dans l'interprétation de sa neutralité permanente.

La Charte des Nations Unies a pour objectif de maintenir la paix entre les peuples. Une violation de la Charte de l'ONU ne peut être acceptée, pas même par la Suisse. En effet, les sanctions économiques ne suffisent pas à elles seules à rétablir le droit.

Après une analyse minutieuse de la situation, « Pro Militia » conclut **que l'action du Conseil fédéral n'était pas correcte lorsqu'il a refusé d'entrer en matière sur la demande de l'Allemagne** et de ne pas renoncer à la déclaration de non-réexportation de l'Allemagne pour le matériel de guerre acquis. « Pro Militia » fonde sa position sur les quatre jugements suivants.

Premièrement :

La législation suisse sur le matériel de guerre est nettement plus stricte que le droit de la neutralité, écrit le Conseil fédéral le 19 octobre 2019. Cette déclaration mène à la conclusion que ce n'est pas le droit de la neutralité qui fait obstacle à la renonciation à la déclaration de non-réexportation de l'Allemagne, mais la loi fédérale sur le matériel de guerre (LFMG).

Deuxièmement :

La LFMG permet au Conseil fédéral, en deux endroits, de révoquer la déclaration de non-réexportation de l'Allemagne.

L'article 18, paragraphe 1, de la LFMG stipule ce qui suit :

« En règle générale, une autorisation d'exportation ne peut être accordée que s'il s'agit d'une livraison à un gouvernement étranger ou à une entreprise travaillant pour un tel gouvernement, et que ce dernier a établi une déclaration attestant que le matériel ne sera pas réexporté (déclaration de non-réexportation) ».

L'expression « en règle générale » signifie concrètement que, selon le législateur, des exceptions sont possibles.

L'article 19, paragraphe 2 de la LFMG stipule ainsi : «*Si des circonstances exceptionnelles l'exigent, elles [les autorisations, auteurs] peuvent être suspendues ou révoquées*».

Dans les faits, il serait facile de définir ces circonstances extraordinaires. L'article 51 de la Charte des Nations unies ainsi que les explications du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) relatives à la politique onusienne de 2014 permettent de le faire.

Troisièmement :

Le droit de la neutralité (Convention de La Haye de 1907) n'interdit pas à un pays qui a acquis le matériel de guerre de la Suisse de le réexporter [3]. La déclaration de non-réexportation de la LFMG est l'expression d'une politique de neutralité extensive et non réfléchie de la Suisse. La politique de neutralité de la Suisse n'est pas gravée dans le marbre. Elle est un moyen pour atteindre une fin [5]. Elle est toujours tenue de pondérer également les aspects juridiques de la Charte des Nations unies. La politique de neutralité ne doit pas être aveugle d'un œil.

Quatrièmement :

En tant que membre de l'ONU, la Suisse a le droit et le devoir de participer aux mesures visant à rétablir la sécurité collective telle qu'elle est définie dans la Charte de l'ONU, en particulier lorsqu'un Etat a été brutalement attaqué, que ses infrastructures sont systématiquement détruites et qu'il a recours à la légitime défense. Les Nations unies reconnaissent à l'Etat attaqué le droit de légitime défense sans restriction. La LFMG doit être interprétée par le Conseil fédéral conformément au droit international [3] si celui-ci veut agir correctement et prendre ses responsabilités.

7. L'essentiel

Le droit de la neutralité et la Charte des Nations Unies se situent sur un même plan. Tous deux font partie du grand ensemble du «droit international». Mais au-dessus de cet ensemble du «droit international» se trouve la morale innée [8 ; 17]. Il existe un champ de tension entre le droit national de la neutralité avec ses exigences et la Charte internationale de l'ONU avec les siennes. Selon la Charte des Nations unies, l'Ukraine dispose du droit de légitime défense. Et c'est précisément sur ce choix entre le droit de la neutralité et la Charte des Nations unies qu'intervient la morale – et dans son prolongement – qu'intervient aussi la conscience. Nous ne fondons pas notre position sur le droit de la neutralité, mais sur la Charte des Nations unies – en même temps que sur notre conscience. Nous avons opté pour cette évaluation pour trois raisons : (1) Le risque résiduel d'entrer en guerre en soutenant l'Ukraine est très faible et donc tout à fait acceptable. (2) **La «morale» peut s'appuyer sur la Charte des Nations unies.** (3) **La morale doit - selon nous – primer sur le droit de la neutralité.**

Il ne suffit pas de parler de la paix.

Il faut y croire.

Et il ne suffit pas d'y croire.

Il faut y travailler.

Eleanor Roosevelt

(1884–1962, militante américaine des droits de l'homme, diplomate et épouse du président américain Franklin D. Roosevelt)

10. **Conclusione: politica di neutralità o diritto internazionale – una questione di coscienza?**

Dall'invasione dell'Ucraina da parte dell'esercito russo il 24 febbraio 2022, si è parlato di «svolta». Dal punto di vista della «Pro Militia», questa svolta consiste in due punti:

- la consapevolezza che siamo costretti a guardare dal passato al presente e a sostenere posizioni che pensavamo fossero state superate da tempo, e
- nella spiacevole constatazione che non c'è politica senza distinguere tra amici e nemici [13].

Da un lato, si tratta di una questione di diritto internazionale, come stabilito dalla Carta delle Nazioni Unite, e di interpretazione del dovere di neutralità della Svizzera. Sempre più spesso le persone competenti prendono posizione su questo tema e usano sempre più spesso la parola «moralità». Comportamento morale significa comportamento coscienzioso. La coscienza è una forma di pensiero in cui la ragione giudica se, la decisione presa, è buona o cattiva, giusta o errata.

La sola distinzione tra amico e nemico è troppo indifferenziata e superficiale. Il diritto dev' essere al centro delle reazioni alla guerra in Ucraina [16]. Più di 2300 anni fa, Aristotele (384–322 a.C.) chiedeva già una distinzione tra giusto e sbagliato, perché tale distinzione è indispensabile per una società. Pertanto, non può più esistere la neutralità nella guerra ucraina [9]; c'è solo il bene o il male.

In questo campo di tensione, il diritto internazionale indica chiaramente la strada da seguire.

La guerra in Ucraina costringe la Svizzera a prendere posizione in due ambiti d'azione:

- nell'adempimento dei suoi obblighi di membro delle Nazioni Unite e
- l'interpretazione della sua neutralità permanente.

Lo scopo della Carta delle Nazioni Unite è quello di preservare la pace tra le nazioni. Una violazione della Carta delle Nazioni Unite non può essere tollerata, nemmeno dalla Svizzera. Le sanzioni economiche da sole non bastano per ristabilire la giustizia.

Dopo un'attenta analisi della situazione, «Pro Militia» conclude che l'azione del Consiglio federale non è stata corretta quando ha rifiutato di accogliere la richiesta della Germania e di non rinunciare alla dichiarazione di non «riesportazione del materiale bellico» da essa acquistato. «Pro Militia» basa la sua posizione sui seguenti quattro giudizi.

Primo:

La legislazione svizzera sul materiale bellico è significativamente più severa della legge sulla neutralità, ha scritto il Consiglio federale il 19 ottobre 2019. Questa dichiarazione porta a concludere che non è la legge sulla neutralità a ostacolare la rinuncia alla dichiarazione della non «riesportazione» dalla Germania, ma la legge federale sul materiale bellico (legge sul materiale bellico, LMB).

Secondo:

Il LMB consente al Consiglio federale di revocare la dichiarazione di non riesportazione dalla Germania in due punti:

L'articolo 18, paragrafo 1, del LMB recita:

«Di norma, una licenza di esportazione può essere concessa solo se la consegna avviene a un governo straniero o a un'impresa che agisce per suo conto, e se tale governo ha dichiarato che il materiale non sarà riesportato (dichiarazione di non riesportazione)».

L'espressione «di norma» significa specificamente che sono possibili eccezioni secondo il legislatore.

L'articolo 19, paragrafo 2, della LMB recita:

«Se circostanze eccezionali lo richiedono, esse [le autorizzazioni, gli autori] possono essere sospese o revocate».

Sarebbe facile definire queste circostanze straordinarie in base ai fatti citati. Questo può essere regolato con l'articolo 51 della Carta delle Nazioni Unite e con la dichiarazione del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) sulla politica delle Nazioni Unite del 2014.

Terzo:

La legge sulla neutralità (Convenzione dell'Aia del 1907) non vieta a un Paese che ha acquistato materiale bellico dalla Svizzera di continuare a esportarlo [3].

La dichiarazione di non riesportazione contenuta nella LMB è un'espressione dell'ampia politica di neutralità della Svizzera, che non è stata presa in considerazione in modo esaustivo. La politica di neutralità della Svizzera non è ancora stata definita. È un mezzo per raggiungere un fine [5]. È sempre obbligato a dare peso agli interessi legali della Carta delle Nazioni Unite. La politica di neutralità non dev'essere cieca con un occhio.

Quarto:

In quanto membro dell'ONU, la Svizzera ha il diritto e il dovere di partecipare alle misure di ripristino della sicurezza collettiva previste dalla Carta delle Nazioni Unite, soprattutto quando uno Stato è stato brutalmente attaccato, le sue infrastrutture sistematicamente distrutte, e ricorre all'autodifesa. L'ONU riconosce pienamente il diritto dello Stato attaccato a difendersi. Il LMB deve essere interpretato dal Consiglio federale in conformità con il diritto internazionale [3] se si vuole che il Consiglio federale agisca correttamente e si assuma le proprie responsabilità.

11. L'essenza

La legge sulla neutralità e la Carta delle Nazioni Unite sono sullo stesso piano. Entrambi appartengono al grande calderone del «diritto internazionale». Al di sopra di questo vaso di «diritto internazionale», tuttavia, si trova la moralità innata [8; 17]. Esiste una tensione tra la legge nazionale sulla neutralità, con le sue richieste, e la Carta internazionale delle Nazioni Unite, con le sue richieste. Secondo la Carta delle Nazioni Unite, l'Ucraina ha il diritto all'autodifesa. Ed è proprio in questa scelta tra il diritto alla neutralità e la Carta delle Nazioni Unite che si inserisce la morale – e nell'estensione della morale – anche la coscienza. La nostra posizione non si basa sulla legge della neutralità, ma sulla Carta delle Nazioni Unite, insieme alla nostra coscienza. Abbiamo optato per questa valutazione per tre motivi: (1) il rischio residuo di essere coinvolti in una guerra sostenendo l'Ucraina è molto ridotto e quindi abbastanza sopportabile. (2) La «morale» può basarsi sulla Carta delle Nazioni Unite. (3) **A nostro avviso, la morale deve prevalere sul diritto alla neutralità.**

Non basta parlare di pace.

Bisogna crederci.

E non basta crederci.

Bisogna perciò lavorarci

Eleanor Roosevelt

(1884–1962, attivista statunitense per i diritti umani, diplomatica e moglie di moglie del presidente degli Stati Uniti Franklin D. Roosevelt)

LITERATUR

- 1 Bindschedler, R. L. (1954). Die Neutralität im modernen Völkerrecht (S. 5). Heidelberg, https://www.zaoerv.de/17_1956_57/17_1956_1_a_1_37.pdf.
- 2 Bindschedler, R. L. (1954). Die Neutralität im modernen Völkerrecht (S. 7). Heidelberg, https://www.zaoerv.de/17_1956_57/17_1956_1_a_1_37.pdf.
- 3 Cottier, T. (2022, 12. November). Neutralitätsrecht und Wiederausfuhrverbot. Bern, mündliche Mitteilung.
- 4 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (2009). Die Neutralität der Schweiz (S. 5). Bern, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).
- 5 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (2022, 3. November). Neutralität. Bern, EDA Sektion Völkerrecht, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/neutralitaet.html>.
- 6 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (2009). ABC des Völkerrechts (S. 3), EDA-Direktion für Völkerrecht.
- 7 Ernst, A. (2022, 2. November). Europa muss offen bleiben für ein Russland nach Putin. Gespräch mit dem britischen Historiker Harold James. Zürich, Neue Zürcher Zeitung (NZZ).
- 8 Graham, J., J. Haidt, S. Koleva, M. Motyl, R. Iyer, S. P. Wojcik and P. H. Ditto (2013). Moral Foundations Theory: The Pragmatic Validity of Moral Pluralism (S. 59–61). *Advances in Experimental Social Psychology*. P. Devine and A. Plant. Burlington, Academic Press.
- 9 Gujer, E. (2022, 22. November). Was will die Schweiz sein: eine Demokratie mit Moral und Werten oder eine Komplizin von Diktatoren. Zürich, Neue Zürcher Zeitung (NZZ).
- 10 Kaddous, C. (2017). Die Schweiz und das Völkerrecht (S. 4). Zürich, Schweizerische Vereinigung für Internationales Recht.
- 11 Kälin, B. (2011). *Lehrbuch der Philosophie* (S. 27). Heusenstamm, Editiones scholasticae Ontos Verlag
- 12 Kälin, B. (2011). *Lehrbuch der Philosophie* (S. 347). Heusenstamm, Editiones scholasticae Ontos Verlag
- 13 Liessmann, K. P. (2022, 14. August). Eine bittere Lektion. Wien, Wiener Zeitung.
- 14 Nida-Rümelin, J. (2009). *Politische Philosophie der Gegenwart. Rationalität und politische Ordnung* (S. 216). Paderborn, Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG.
- 15 Pieper, A. (2007). *Einführung in die Ethik* (S. 23). Tübingen und Basel, A. Francke Verlag.
- 16 Rhonheimer, M. (2022, 14. November). Es tobt ein Kampf um die Herrschaft des Rechts. Zürich, Neue Zürcher Zeitung (NZZ).
- 17 Tomasello, M. (2020). *Eine Naturgeschichte der Moral*. Berlin, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2321.
- 18 Vereinte Nationen (1945). Die Charta der Vereinten Nationen, <https://unric.org/de/charta#kapitel7>.
- 19 Villiger, K. (2022, 27. Oktober). Sicherheit durch Resilienz. Zürich, Neue Zürcher Zeitung (NZZ).

Download dieses Papiers auch im Internet unter: www.promilitia.ch

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee. Sie zählt mehrere tausend Mitglieder und fördert deren Zusammenhalt. Pro Militia ist parteipolitisch und wirtschaftlich unabhängig und heisst Männer und Frauen aller militärischer Grade und Waffengattungen sowie weitere Bürger und Bürgerinnen aus allen Sprachgebieten unseres Landes willkommen. Pro Militia setzt sich ein für eine verfassungsmässige und glaubwürdige Milizarmee und damit für die äussere und innere Sicherheit und die bewaffnete Neutralität der Schweiz.